

Armut

Herzlich Willkommen in der BRD

Ob die OECD - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - einen "Maulwurf" in die FDP-Zentrale eingeschleust hat? Man könnte es fast glauben. Denn kaum hatte FDP-Chef Westerwelle seine sozialrassistische Hetztirade gegen die "spätrömische Dekadenz", der sich Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger angeblich hingeben, vom Stapel gelassen, gab es einen gezielten und punktgenauen klassischen "Konter." Gemeint ist nicht der spöttische Satz von CSU-Chef Seehofer, der in seiner alljährlichen Aschermittwoch-Rede den sich zum "Rächer der Enterbten" aufspielenden Bonner Rechtsanwalt, verbal hochnahm: "Da beben die Alpen, da schäumt der Chiemsee. Aber keine Angst, das ist kein Tsunami, das ist nur eine Westerwelle."

Er hatte die Lacher auf seiner Seite. Doch der wirklich argumentative "Konter" kam von einer offenbar sehr gut trainierten "Faust": Es ist die neue OECD-Studie, die in einer internationalen Vergleichsstudie nachweist, dass für Arbeitslose in der BRD ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko besteht, die Arbeitslosenhilfe im internationalen Vergleichsmaßstab hierzulande vergleichsweise niedrig ausfällt und die finanzielle Absicherung deutscher Erwerbsloser im europäischen Vergleich eher gering ist. Die OECD verglich dabei die Hilfe für Arbeitslose in 29 Mitgliedsstaaten - einschließlich solcher Länder wie der USA und Japan.

Die Fakten blamieren Westerwelle. Herwig Immervoll, Co-Autor der OECD-Studie, bezeichnete in einem Interview (*"junge Welt" vom 19. 2.*) die Lage der Arbeitslosen in der BRD als - international gemessen - nur unzureichend. "Die Lage der deutschen Langzeitarbeitslosen ist ... im Vergleich zu westeuropäischen Ländern eher im unteren Bereich angesiedelt. Wir haben in der Studie das Einkommen, das Arbeitslose nach ihrem Jobverlust zur Verfügung haben, mit ihrem vorherigen Verdienst verglichen. Wir haben uns also die Lücke im Geldbeutel angeschaut, die durch den Arbeitsplatzverlust entsteht. Ein wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass Familien mit Kindern dabei in Deutschland mit anderen Ländern verglichen gar nicht schlecht da stehen. Das liegt aber nicht daran, dass die Hartz-IV-Regelsätze etwa großzügig wären, sondern vor allem an den relativ niedrigen Arbeitseinkommen, die in Deutschland gezahlt werden." Auffällig ist der Untersuchung zufolge, dass Langzeitarbeitslose in Deutschland trotz Hartz-Reformen vergleichsweise wenig finanzielle Anreize haben, eine gering bezahlte existenzsichernde Beschäftigung anzunehmen. Dies wird in den ansonsten nur sehr sporadischen Berichten der bürgerlichen Medien als das beinahe wichtigste Resultat der OECD-Studie verkauft.

Die Propagandisten der Anti-Hartz-IV-Empfänger-Hetze griffen dies sofort auf. Die von Westerwelle und der FDP massiv geforderte

"Runderneuerung" von Hartz IV, mit der der Marsch in eine "Gesellschaft von Taschengeldempfängern" beendet werden soll - so die nicht minder sozialreaktionäre Hetze von FDP-Generalsekretär Lindner - sieht vor die Hartz-IV-Regelsätze noch weiter herunterzustufen. Der Druck auf die Arbeitslosen auch noch schlechter bezahlte Mini-Jobs als bisher anzunehmen steigt enorm.

Es geht hierbei aber nicht um einzelne verbal-radikale Sprücheklopfer wie Westerwelle und Lauk, der jetzt in der "Wirtschaftswoche" forderte, die "sozialistischen Fesseln der großen Koalition" abzulegen.

Es geht um einen grundlegenden Vorstoß zur Errichtung einer ungebremsten, von allen sozialen Kompromissen, die über Jahrzehnte durch die Arbeiterbewegung erkämpft worden waren, freien, sozialreaktionären Kapitalismusvariante. Es handelt sich um die historische Fortsetzung dessen, was im Herbst 1989 im Kampf gegen den ersten sozialistischen deutschen Staat mit Erfolg durchgesetzt wurde: um eine umfassende sozialreaktionäre Konterrevolution. Jetzt auch im eigenen Land.

Hans-Peter Brenner

Karikatur:
Bernd Bücking 

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)